

NEWS AUS EUROPA

Aktuelle Informationen von Dr. Thomas Ulmer MdEP

Auf dem Weg zu einer vereinfachten Anerkennung von Berufsqualifikationen



voraussetzen, ist es wichtig, eine einheitliche Regelung zu finden, damit dem Arbeitnehmer der Start in den Arbeitsalltag in einem anderen Land erleichtert wird und es einen gemeinsamen

qualifikationen. Aber auch eine Reform der allgemeinen Regeln für die Niederlassung oder für die vorübergehende Beschäftigung in einem anderen EU-Mitgliedsstaat sind Themen, die in diesem Kommissionsvorschlag behandelt werden.

Der Entwurf sieht insbesondere für Krankenschwestern und -pfleger, Hebammen, Apotheker und Architekten neue Regelungen der Anerkennung vor.

Die Bewertung des praktizierenden Arztes und Europaabgeordneten Dr. Ulmer ist in

diesem Punkt jedoch geteilt: „Ich begrüße, dass es gesetzlich vorgeschriebene Sprachtests geben soll, da eine klare und verständliche Kommunikation gerade in den Pflegeberufen von wichtiger Bedeutung ist. Jedoch sehe ich Schwierigkeiten bei der Erhöhung der Ausbildungsanforderungen für Berufe der Krankenpflege, denn gerade in Deutschland finden diese Ausbildungen auf einem hohen Niveau statt. In diesem Bereich gibt es noch Verhandlungsbedarf.“

Die Mobilität innerhalb des europäischen Arbeitsmarktes endet für den Arbeitnehmer oft bei der Anerkennung von Berufsqualifikationen in anderen Mitgliedstaaten. Dies ist aber eine der grundlegenden Voraussetzungen für einen europäischen Arbeitsmarkt.

europäischen Arbeitsmarkt geben kann.“

Diese Problematik wurde in einem Initiativbericht des Europäischen Parlaments an die Kommission behandelt. In dem daraufhin von der Kommission Ende Dezember 2011 vorgelegten Gesetzesvorschlag geht es unter anderem um die Einführung eines europäischen Berufsausweises zur Vereinfachung des Anerkennungsverfahrens von Berufs-

Der baden-württembergische Europaabgeordnete Dr. Thomas Ulmer (CDU): „Gerade in Berufen, die eine hohe Qualifikation

Besuchergruppe im Europäischen Parlament



Museumsverein Hirschlanden

Die „Leitungswasser-Präsidentschaft“

Am 1. Januar 2012 hat das Land Dänemark die Ratspräsidentschaft von Polen übernommen. Die Dänen wollen als gutes Beispiel in der EU gegen die Finanzkrise vorangehen, so soll die dänische Ratspräsidentschaft „nur 35 Millionen Euro“ kosten. Polen hat im Vergleich dazu für ihre Ratspräsidentschaft 151 Millionen ausgegeben. In den Sitzungen wurden bisher teure Säfte und kleine, teure Flaschen angeboten, dies hat ein Ende: Jetzt wird es nur noch Karaffen mit Tafelwasser geben. Dieses Verhalten hat den Dänen unter EU-Beamten schon den Beinamen „Leitungswasser-Präsidentschaft“ einge-

bracht.

Der baden-württembergische CDU-Europaabgeordnete Dr. Thomas Ulmer dazu in einer kurzen Einschätzung des nun folgenden halben Jahres: „Den Sparkurs der Dänen kann ich nur begrüßen, jedoch dürfen inhaltliche Schwerpunkte der Ratspräsidentschaft nicht zu kurz kommen.“

Aber gerade hier scheint ein Schwachpunkt des dänischen Konzeptes zu liegen. Für was die Dänen während des nächsten halben Jahres konkret eintreten werden, das ist auch nach einer schwachen Rede der sozialdemokratischen dänischen Ministerpräsidentin Helle

Thorning-Schmidt noch unklar. Es soll der Spaltung der Eurozone entgegen gewirkt und die Eurokrise bekämpft werden, aber beide Themen scheinen wenig Hoffnung auf Lösung. „Hinzu kommt, dass die dänischen Bürger sehr europakritisch sind. Daher fehlt die Rückendeckung in der Heimat, um große Themen behandeln zu können“, sagte Ulmer. Es bleibe zu hoffen, dass aus der „Leitungswasser-Präsidentschaft“ keine ergebnislose, verlorene Präsidentschaft werde.



NEWS AUS EUROPA

Aktuelle Informationen von Dr. Thomas Ulmer MdEP

Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán stellte sich in Straßburg der Diskussion



Am Mittwoch besuchte der ungarische Regierungschef Viktor Orbán das Parlament in Straßburg, um sich einer Diskussion mit den Abgeordneten im Plenum zu stellen.

Ungarn wird derzeit von den Medien und seitens der Europäischen Kommission heftig kritisiert. Stein des Anstoßes sind Sorgen über die ungarische Verfassung und deren Durchführungsbestimmungen. Es herrscht dabei die Sorge, Ungarn könnte sich von den Grundwerten der Europäischen Union entfernen, indem es die Europäischen Verträge bewusst verletze. Teil dieser Verträge ist unter anderem die Unabhängigkeit der Zentralbank, der Justiz und der Presse eines Mitgliedslandes.

Ministerpräsident Orbán hatte den Fragen und Kritikern der Abgeordneten aufmerksam zugehört. „Wir wollen keinen Schatten des Zweifels“, war seine Reaktion auf die Kommentare seitens der Abgeordneten und versprach, sich dem Druck zu beugen und in den

betreffenden Punkten nachzubessern.

Der CDU-Europaabgeordnete Dr. Thomas Ulmer aus Mosbach war während der gesamten Aussprache anwesend. Sein abschließendes Urteil: „Ministerpräsident Orbán hat sich der Diskussion gestellt, jetzt gilt es seinerseits, alle Zweifel auszukurieren.“ Gleichzeitig kritisierte Ulmer das Verhalten einiger seiner Kollegen, die teils hysterisch mit lauten Zwischenrufen die Aussprache gestört hatten.

Dabei war es dem neu gewählten Parlamentspräsidenten Martin Schulz sichtlich schwer gefallen, die Abgeordneten zur Ordnung zu rufen. Viktor Orbán muss nun schnellstmöglich die versprochenen Verbesserungen umsetzen, um keine Konsequenzen aus Brüssel fürchten zu müssen. Das Land musste aufgrund der schlechten Wirtschaftslage um finanzielle Hilfe aus Brüssel bitten. Die Gewährung hängt nun vom Verhalten und von der Umsetzung ab.

Neuer Parlamentspräsident Martin Schulz: „Entweder verlieren alle – oder wir gewinnen alle!“

Die EU-Abgeordneten wählten den Sozialdemokraten Martin Schulz mit 387 Stimmen von 670 abgegebenen Stimmen zum neuen Präsidenten des Europäischen Parlaments. Der 56-Jährige wird diese Position bis zur Europawahl 2014 innehaben. Damit tritt Martin Schulz die Nachfolge des polnischen EVP-Abgeordneten Jerzy Buzek an, der diese Position von 2009 bis 2012 ausübte. Der neue Präsident ist seit 1994 Mitglied des EU-Parlaments und wurde im Jahr 2000 zum Vorsitzenden der deutschen EU-Abgeordneten der SPD und zum stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der S&D im EU-Parlament gewählt. In seiner Antrittsrede erinnerte Schulz daran, dass sich im Nachkriegs-Europa „die Interessen nicht mehr von jenen unserer Nachbarn trennen lassen. Deshalb verlieren wir entweder alle

- oder wir gewinnen alle.“ Die EVP beglückwünschte den neuen Präsidenten und betonte, wie wichtig es sei, die Gemeinschaftsmethode zu verteidigen, für sie einzutreten und sie zu retten. Der CDU-Abgeordnete Dr. Thomas Ulmer äußerte sich verhalten über die Wahl des Deutschen. Es bleibe abzuwarten, ob Martin Schulz sein sozialistisches Gebaren ablegen und das Parlament als Parlamentspräsident nach außen neutral vertreten werde.

Mitteilung der Kommission zur Initiative „Chancen für junge Menschen“

Von der „Gefahr einer verlorenen Generation“ sprach die EU-Kommission in ihrer Mitteilung zur Initiative „Chancen für junge Menschen“ im Hinblick auf die weiter steigende Jugendarbeitslosigkeit in der Europäischen Union.

In den meisten EU-Ländern werde laut jüngsten Statistiken das für die EU angestrebte Ziel einer Jugendarbeitslosigkeit von höchstens 10 Prozent deutlich verfehlt. So finde derzeit laut der Kommission jeder fünfte Europäer zwischen 15 und 24 Jahren keinen Arbeitsplatz. Besonders stark betroffen seien Jugendliche aus den EU-Staaten Spanien und Griechenland, dort liege die Jugendarbeitslosigkeit deutlich über 35 Prozent. In Spanien, Portugal und Irland wandern die Jugendlichen aufgrund schlechter Jobaussichten teilweise sogar in Länder wie Angola und Mosambik aus.

Die Kommission forderte in der Mitteilung zur Initiative „Chancen für junge Menschen“ daher die Mitgliedstaaten dazu auf, die Mittel aus dem 1975 ins Leben gerufenen Europäischen Sozialfonds (ESF) intensiver in Anspruch zu nehmen. Es seien weiterhin 30 Milliarden Euro an Mitteln des Fonds abrufbar, die vor allem im Bereich allgemeiner und beruflicher Bildung verwendet werden sollen.

Zwar gehöre Deutschland mit den Niederlanden und Österreich zu den einzigen Mitgliedstaaten, in denen die Jugendarbeitslosigkeit unter 10 Prozent liege (in Deutschland lag sie 2011 nach Angaben des

Statistischen Bundesamtes bei 9,1 Prozent), jedoch bestehende auch hier laut dem Europaabgeordneten Dr. Thomas Ulmer weiterer Handlungsbedarf.

Ulmer betonte, dass gerade in Deutschland der von der Kommission angeführte Vorteil der Mobilität im Binnenarbeitsmarkt der EU noch nicht ausreichend erkannt und genutzt werde. Er unterstütze daher die Absicht der Kommission, mithilfe der bereitgestellten Mittel die Fremdsprachen- und IT-Kenntnisse junger Menschen zu erhöhen und sie dazu zu bewegen, EU-weit Praktika zur Erhöhung ihrer Jobaussichten zu absolvieren. Auf diese Weise würden sie ihre Position auf dem Arbeitsmarkt und damit auch die Aussicht auf eine angemessene Beschäftigung nach dem Abschluss ihrer Ausbildung oder ihres Studiums enorm verbessern. Wie wichtig dies sei, zeige die Tatsache, dass auch junge Akademiker im Anschluss an ihr Studium immer häufiger keinen Job fänden.

Es sei heute so, dass man neben seiner Ausbildung oder dem Studium weitere praktische Erfahrung auch im Ausland sammeln müsse, um später für potentielle Arbeitgeber attraktiv zu sein.



Impressum

Dieser Newsletter ist ein Rundbrief von Dr. Thomas Ulmer MdEP (CDU).

Alle Beiträge und Fotos sind urheberrechtlich geschützt.

Herausgeber: Dr. Thomas Ulmer MdEP (verantw.), Tarunstr. 21, 74821 Mosbach, Telefon 06261.853991 Telefax 06261.853909

Redaktion und Gestaltung: Matthias Busse, Mobil 0171.6809454

Powered by: www.busse-nahrgang.com

Bildnachweise: 12-11-09 Pano hemi 6.jpg Copyright: © Photo Parlement Europeen; Besucherguppen © Heike Nahrgang (1); Foto Ulmer © Matthias Busse; Foto: blue Bildquellenangabe: strichcode / pixello.de Image-ID: 261304; Foto Orbán-Schulz Foto:

© European Union 2012 EP / Michel Christen; Foto: Frau mit einer Mappe Image-ID:

561557 Benjamin Thom / pixello.de

E-Mail: info@thomasulmer.eu; Internet: www.thomasulmer.eu